Der Beobachter.



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird beigestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/7.	Samstag, 10. Juli 1920	Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weitgehende Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30, bei Mehrabnahmen entsprechender Preisnachlaß.	28. Folge

Inhalt der Nummer:

Deutschlands Finanznot und Spa.
Das Votum des Reichstags.
Unter der Zwangswirtschaft.
Abg. Dr. Hergt will den Kampf gegen die Deutsche Volkspartei
Die Stellung der Deutschen Volkspartei zum Untersuchungsausschuß.
Die Reichstagsabgeordneten der Deutschen Volkspartei nach ihrer Berufsstellung.
Protestversammlungen der mittleren Postbeamten.
Das Pompeji der Wüste.
1001 moderne Märchen.
Deutschland.
Der Wiederaufbau des Unteren Schlosses in Siegen.
Aus Welt und Zeit.
Die Träume.
Aus der Partei.

Deutschlands Finanznot und Spa.

Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat im Reichstag, nachdem die Beratung des Notetats vorläufig ausgesetzt worden war, gewissermaßen außerhalb der Tagesordnung eine Rechnung über Deutschlands katastrophale Finanzlage aufgemacht, die einem die Haut gefrieren lassen könnte. Wir wollen über die allgemeine Entstehungsgeschichte dieser Finanznot in Deutschland mit Herrn Dr. Wirth in keine Kontroverse eintreten, sondern nur auf Grund der nüchternen Zahlen auf die Folgen hinweisen, die sich nicht nur für Deutschland, sondern für die gesamte Weltwirtschaft aus diesen Zahlen ergeben.

Danach belaufen sich die Ausgaben des Jahres 1919 auf 74½ Milliarden Mark. Die Gesamtschuld des Reiches beziffert Dr. Wirth auf rund 265 Milliarden Mark. Diese Zahlen, die an und für sich schon jedes plastische Vorstellungsvermögen vollkommen im Stich lassen, sind aber nicht einmal etwas Festes; sie sind weiterer Bewegung nach oben hin ausgesetzt, da der größte Teil der Lasten nicht in festen Anlagen untergebracht ist, sondern eine schwebende Schuld mit ständig zu verlängernden Terminen ohne absehbare Aussicht auf Begrenzung darstellt. D. h. die Verzinsung der gewaltigen Schuld, die jetzt schon auf jährlich 12,4 Milliarden Mark errechnet ist, wird ständig anwachsen und bei der vollkommen unübersichtlichen inneren und äußeren Lage Deutschlands wird es nicht möglich sein, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen und außerordentlichen Etat zu ermöglichen. Die finanzielle Lage des Reiches ist also außerordentlich ernst und das ist eine Feststellung, die weit über Deutschlands Grenzen hinaus gehört und berücksichtigt zu werden verdient.

Wir stehen vor Spa! Dieses Wort, das wir aus der Rede Wirths zitieren, bildet gegenwärtig den Brennpunkt aller finanziellen und wirtschaftlichen Betrachtungen. In Deutschland sitzen und amtieren die Kommissionen der Entente. Sie haben Gelegenheit gehabt, die ungeheuren finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands, die sich in den von Wirth genannten horrenden Zahlen dokumentieren, aus nächster Nähe zu beobachten. Sie mögen das getan und auch an ihre Regierungen darüber berichtet haben. Zu einer, dieser tatsächlichen Lage gerecht werdenden Beurteilung ist man indessen nicht gelangt, weder in London, noch in Paris oder Rom oder Brüssel, von Warschau, das sich neuerdings sehr laut angemeldet hat, ganz zu schweigen. Vielmehr hören wir von drüben immer nur Zahlen nennen. Zahlen und Forderungen auf Gold, als ob es nur einer solchen Tätigkeit seitens der Entente bedürfe, um die deutschen Alchimisten des Mittelalters wieder aus dem Grabe zu erwecken und rotes Metall im Ueberfluß zu schaffen.

Auf diese Weise kommt natürlich Deutschland aus seiner Finanznot nicht heraus, gelangen natürlich auch unsere Gegner nicht zur Erfüllung ihrer Ansprüche. Dr. Wirth hat — hierin müssen wir ihm unbedingt beipflichten — scharf auf diesen unmöglich auszugleichenden Widerspruch von Schuldennot einerseits und Geldforderung anderseits hingewiesen. Die Wiedergutmachungen des Versailler Vertrages und der Wiederaufbau der gesamten Weltwirtschaft sind keine rein geldliche, sondern eine wirtschaftliche Frage. Zahlen sind hier nur Worte und leere Begriffe. Läßt die Entente nicht davon ab, den Wiederaufbau der Welt nur in Zahlen und geldlichen Forderungen zu sehen, so wird weder aus dem Wiederaufbau etwas, noch erfährt die bereits überspannte Periode politischer Verstimmungen und damit verbundener wirtschaftlicher Hemmungen ein Ende. Aus dem armen Deutschland, aus dem die letzten roten Füchse bereits herausgepreßt sind und das in der Zettelflut zu ersaufen droht, ist an Geld nichts mehr herauszuholen. Zahlen kann Deutschland nur in Waren. Wie Dr. Wirth richtig sagte: das Wiedergutmachungsproblem ist einzig ein Problem der Produktion. Dessen befriedigende Lösung kann Deutschland aber nur garantieren, wenn die Entente, die allein dazu imstande ist, ihm zu diesem Zweck die Rohstoffquellen öffnet und zuführt, wenn sie ihm die Möglichkeit langfristiger Kredite eröffnet. Wollen unsere Gegner künftig von uns verlangen, müssen sie zunächst uns geben. Das ist keine Taschenspielerei, sondern eine wirtschaftlich klare und eindeutige Rechnung.

Unsere Gegner und ihre für Spa ausersehenen Kommissare werden gut tun, sich gerade den Teil der Wirthschen Rede, der diese Punkte berührt, besonders zu Herzen zu führen. Sie sind die Grundlage für jede Verhandlungsbasis. Im Interesse der gesamten Welt darf Spa kein Diktat der Gläubiger Deutschlands bringen und Verhandlungen nur auf dem angedeuteten Boden, der die finanziellen Probleme in dem Brennspiegel wirtschaftlicher Betrachtung auffängt.

Das Votum des Reichstags.

Sieht man von der Fraktion der Unabhängigen ab, so hat die Aussprache im Reichstag eine ziemlich allgemeine Uebereinstimmung mit dem Regierungsprogramm ergeben. Die Richtlinien, die Reichskanzler Fehrenbach der Regierungstätigkeit zog, zielen so gerade und offen auf praktischen Wiederaufbau unserer Wirtschaft, unserer Politik und unserer Staatsautorität hin, daß keine Partei den Anlaß fand, dagegen etwas einzuwenden. Im übrigen ließ das Auftreten der Regierung im Laufe der Debatte wiederholt erkennen, daß das Programm der sachlichen Wiederaufbauarbeit doch schon eine erkennbare Wendung zum Bessern gebracht hat. Es ist ein fester und entschiedener Ton in die Erklärung der Regierung gekommen. Wir erkennen das besonders an den Ausführungen, die der Minister des Auswärtigen Simons gemacht hat. Er hat gegenüber den frechen polnischen Uebergriffen Töne angeschlagen, die von erfrischender Deutlichkeit und Sicherheit waren. Auch die Erklärung, die der Reichskanzler Fehrenbach zum Schluß im Hinblick auf die Aussprache in Spa abgab, gibt uns die Zuversicht, daß unsere auswärtige Politik in Geist und äußerer Haltung an Festigkeit gewonnen hat, und daß sie in Spa, mag sie nun Erfolg haben oder nicht, wenigstens die Charakterprobe bestehen wird.

Um so bedauerlicher ist es, daß die Mehrheit, die sich auf dem Boden der gemeinschaftlichen Erklärung der drei Mittelparteien zusammenfand, nicht größer war. Die deutschnationale Fraktion

enthielt sich der Zustimmung. Vergebens sucht man nach einem Grunde. Ihre Vertreter haben auch in der Aussprache des Reichstags immer wieder betont, daß sie bereit gewesen wären, unter Zurückstellung verfassungspolitischer Wünsche an der Regierungsarbeit teilzunehmen, d. h. also dieselbe taktische Haltung einzunehmen, wie die Deutsche Volkspartei Wenn diese Bereitschaft auch nicht zu einer Mitwirkung der Deutschnationalen geführt hat, so lag doch kein Grund für sie vor, dies bei der Abstimmung am Freitag zum Ausdruck zu bringen. Denn hier handelt es sich darum einer Regierung, die in Spa um die Lebensbedingungen des deutschen Volkes ringen muß, eine genügend starke Vertrauensbasis zu geben. Wären die Deutschnationalen zum Mitregieren unter Zurückstellung verfassungspolitischer Wünsche bereit, so konnten sie erst recht in dieser Abstimmung mit den Regierungsparteien gehen. Dann wäre die geschlossene, verfassungstreue Mehrheit des deutschen Reichstags als Regierungsbasis so klar und deutlich zum Ausdruck gekommen, wie sie in Wirklichkeit vorhanden ist und wie sie als Rückhalt der Regierung in Spa erwünscht sein muß.

Unter der Zwangswirtschaft.

Von Wilhelm Dusche, Mitglied des Reichstags.

Vor einiger Zeit kam mir zufällig ein Büchlein zu Gesicht, welches Freiherr vom Stein vor mehr als einem Jahrhundert geschrieben. In diesem Buche erklärt der hervorragende Volkswirt prophetisch vorausseh end, daß eine lange Zeit durchgeführter Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel die Produktion hindern müsse, und daß ferner eintreten würde, was wir jetzt Schleichhandel und Schiebertum nennen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei ist immer dafür eingetreten auch in der Nationalversammlung, den Abbau der Zwangswirtschaft so schnell zu betreiben, als es die Interessen der Konsumenten zulassen, und es freut mich, daß der Reichskanzler Fehrenbach bei der Regierungserklärung vor einigen Tagen gleichfalls für den Abbau der Zwangswirtschaft sich eingesetzt hat. Allmählich sind unter der Zwangswirtschaft wunderliche Zustände entstanden, von denen nur einige hier aufgezählt werden sollen.

In einer bekannten Stadt in der bayerischen Pfalz mußte das Pfund nicht gerade hervorragend guten Markenfleisches mit 16 Mark bezahlt werden, während im Schleichhandel gutes Fleisch für 9 Mark das Pfund zu haben war. Die Folge war, daß die Stadt ihr Fleisch nicht los wurde, daß ein Teil des Fleisches bei der sommerlichen Hitze verdarb, und daß der Rest zu einer mehr oder minder guten, aber zweifellos teueren Wurst verarbeitet werden mußte. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister einer Stadt am Rhein gab selbst zu, daß die Bewirtschaftung des Fleisches durch die Stadt das Pfund um 2 Mark verteuert. In einer Stadt an der Oder gibt es eine Schwarzschlächterei, die unter tierärztlicher Aufsicht steht und vor aller Augen ihren Betrieb führt, ohne daß irgend jemand dagegen vorgeht. Psychologische Momente besonders auch sind es, die bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft mitsprechen. Verbraucher und Erzeuger sollen und müssen wieder ehrlich werden. Es gibt aber niemand mehr in Deutschland, der sich nicht tagtäglich gegen irgend eine Bestimmung der Zwangswirtschaft verstößt. Der Landwirt muß mehr einschlachten als er darf, weil er sonst keine Arbeitskräfte hat, um die Ernte einzubringen. Jeder Verbraucher muß im Schleichhandel Lebensmittel kaufen, weil er mit den rationierten Lebensmitteln nicht auskommt. Eine Gesundung des Volkes kann erst wieder erfolgen, wenn jeder Deutsche das Gefühl hat, nicht mehr gegen irgend eine Bestimmung der Zwangswirtschaft fortwährend sündigen zu müssen.

Auch die Landwirtschaft war nicht damit einverstanden, daß nach der Freigabe des Hafers im vorigen Jahre die Entwicklung der Haferpreise einen ungünstigen Einfluß auf die Brotgetreideversorgung ausgeübt hat. Diese Preisentwicklung war bedingt nicht sowohl durch eine stürmische Nachfrage des Futterkonsums, sondern durch die Tatsache, daß der Hafer oder vielmehr die Haferprodukte zu einem Nährungsmittel geworden waren. Inzwischen sind glücklicherweise die Haferpreise ganz erheblich gesunken. Man soll es sich reiflich überlegen, ob man tatsächlich wieder zu einer Zwangswirtschaft des Hafers übergehen soll. Die Hochkonjunktur in Hafer dürfte aus dem Grunde nicht wieder eintreten, weil die Nährmittelfabriken angesichts der augenblicklich großen Vorräte an Haferflocken und Hafermehl voraussichtlich nicht mit allzu großem Bedarf auf dem Markt erscheinen werden. Wird die Haferbewirtschaftung wieder aufgenommen, so wird die neue Haferzentrale ihre Tätigkeit wieder damit beginnen, daß sie eine große Anzahl von Angestellten engagiert, Schreibmaschinen anschafft, Briefbogen drucken läßt und was dergleichen Ausgaben mehr sind; Ausgaben, die lediglich im Gefolge haben, daß der Hafer für den Konsumenten verteuert wird.

Letzten Endes hängt es auch mit der Zwangswirtschaft zusammen, wenn viele Städte Deutschlands Millionen über Millionen bei dem Einkaufe von Lebensmitteln gerade in der letzten Zeit verloren haben. Mit der Zwangswirtschaft auf anderen Gebieten hängt es auch zusammen, wenn eine große Stadt am Rhein jüngst 10 Millionen Mark dadurch verlor, weil der Oberbürgermeister dieser Stadt große Mengen von Benzin zu teuer eingekauft hat, wenn in anderen Gegenden wiederum aber die Mineralöl-Versorgungs-Gesellschaft so hohe Preise fordert, daß sie in keinem Verhältnis zu der jetzigen Wirtschafts- und Marktlage und der rückgängigen Entwicklung stehen, wie sie die Preise aller anderen Mineralöl-Produkte inzwischen genommen haben.

Der Ausschuß für Volkswirtschaft des Reichstags, der all diese Fragen zu prüfen und zum Teil auf Grund des Ermächtigungs-Gesetzes endgültig zu lösen hat, wird daher auch während der Vertagung reichliche Arbeit haben.

Abg. Dr. Hergt will den Kampf gegen die Deutsche Volkspartei.

Eine ganze Reihe von Presseäußerungen ließ schon in den letzten Tagen keinen Zweifel mehr daran, daß die Deutschnationale Volkspartei sich auf den Kampf gegen die Regierung und in erster Linie gegen die daran beteiligte Deutsche Volkspartei einstellt. Wir greifen aus zahlreichen Angriffen nur einige bezeichnende heraus. So hat die „Die Wacht", die mit dem Untertitel „Deutschnationales Volksblatt" in Barmen erscheint, der Deutschen Volkspartei vorgeworfen, sie sei würdelos den alten Koalitionsparteien nachgelaufen und habe sich „ohne irgend welche Gegenleistung auf Befehl der von den Sozialdemokraten vorgeschobenen Demokraten mit der republikanischen Staatsform abgefunden". In derselben Tonart veröffentlicht die deutschnationale, in Breslau erscheinende „Schlesische Tagespost" einen Artikel des sattsam bekannten Freiherrn v. Freytag-Lorringhoven. Auch hier wird behauptet, die Deutsche Volkspartei habe ihr monarchistisches Programm zum Opfer bringen müssen, „denn", so wird gefragt, „ist das noch eine monarchistische Partei, die, zur Macht gelangt, auf die Verwirklichung ihrer Forderung verzichtet?" Zum Schluß bemerkt Freiherr v. Freytag-Lorringhoven: „Alle taktische Gewandtheit wird nichts daran zu ändern vermögen, daß die Deutsche Volkspartei zu derselben Stunde, da sie voll Siegesfreude nach der Macht langt und sie in Händen zu haben glaubt, ihr eigenes Todesurteil unterschrieben hat." Angesichts der Tatsache, daß die Deutsche Volkspartei in einer Stunde größter nationaler Not und Bedrängnis und unter voller Wahrung ihrer Grundsätze das drohende politische Chaos durch ihren Eintritt in die Regierung abgewendet hat, bedeutet ein solch gehässiges Urteil nichts weiter als eine bewußte Kampfansage, die ganz unabhängig von den Regierungstaten der Deutschen Volkspartei zu bestimmten Agitationszwecken erfolgt. Daran läßt sich umso weniger zweifeln, als jetzt auch der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Abg. Dr. Hergt, diese Kampfparole aufgegriffen hat. Er hat in der staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft in Berlin in einem Vortrage über die Lage in so demagogischer Weise gegen die Deutsche Volkspartei Stimmung gemacht, daß man auch hieraus die Absicht merkt, sich auf den Kampf gegen die Deutsche Volkspartei einzustellen. Wenn dieser Absicht und dieser Ankündigung entsprechend die Deutschnationale Volkspartei den Kampf eröffnen sollte, so möge sie von einer Tatsache überzeugt sein: Sie wird die Deutsche Volkspartei gerüstet finden. Unsere Parteifreunde in Stadt und Land werden nicht zögern, den Kampf aufzunehmen.

Das Verhalten der Deutschen Volkspartei ist durchweg so loyal gewesen und hat sich so ausschließlich nach vaterl. Beweggründen gerichtet, daß sich die deutschnationalen Angriffe und die des Abgeordneten Dr. Hergt nur mit demagogischen Mitteln führen lassen. Es ist blanke Demagogie, wenn der Abgeordnete Dr. Hergt davon spricht, der republikanische Gedanke hätte „auf Kosten der Deutschen Volkspartei „Triumphe gefeiert". Herr Dr. Hergt hat doch selbst die Mitarbeit der Deutschnationalen Volkspartei in der Regierungskoalition angeboten und hat dabei ausdrücklich erklärt, daß seine Partei ihre Bedenken wegen der augenblicklichen Staatsform zurücktreten lassen werde. Genau so und nicht anders hat die Deutsche Volkspartei gesagt und gehandelt. Wenn das Herr Dr. Hergt und seine Parteifreunde inzwischen vergessen haben sollten, weil ihre Mitwirkung nicht zustande gekommen ist, so ist es doch im höchsten Grade unbillig, deswegen die Deutsche Volkspartei anzugreifen. Herr Dr. Hergt behauptet, die taktische Absicht der Deutschnationalen sei die Bildung eines Rechtsblocks gewesen, der sich praktisch im Reiche ebenso hätte durchführen lassen wie in Bayern. Dabei habe aber die Deutsche Volkspartei die Deutschnationalen sitzen lassen". Hat etwa Dr. Hergt im Reichstag überhört, daß sowohl der Abg. Trimborn wie der Abg. Schiffer die Mitarbeit der Deutschnationalen, wie sie vollkommen dem Wunsche der Deutschen Volkspartei entsprach, mit aller Entschiedenheit abgelehnt haben? Wäre also die Deutsche Volkspartei mit den Deutschnationalen zusammen in einem Rechtsblock verbunden gewesen, so hätte man diesen Rechtsblock unbedingt „sitzen lassen" und wir befänden uns heute statt in dem „Märchenland von Bayern", von dem Herr Dr. Hergt gesprochen hat, in dem Märchenland der Unabhängigen, die das politische Chaos zweifellos für ihre Zwecke ausgebeutet hätten.

Wenn Herr Dr. Hergt dann weiter der Deutschen Volkspartei das Vertrauen aufkündigt, so werden wir das zu tragen wissen in dem guten Bewußtsein, daß die Handlungsweise der Deutschen Volkspartei dem dringenden Interesse des Vaterlandes mehr gedient hat, als etwa eine Haltung, die sich in leeren Demonstrationen erschöpft und dem Chaos freie Bahn gelassen hätte. Die Deutsche Volkspartei fühlte sich im tiefsten Innern zu einer Mitarbeit moralisch verpflichtet, die ihre Grundsätze unangetastet ließ und die sie dem Vertrauen ihrer Wählerschaft schuldig war. Wenn die Deutschnationalen, wie aus der Rede des Abg. Hergt hervorgeht, jetzt auf „Auseinandersetzungen" und „Gegensätze" hinarbeiten, die offenbar einem parteipolitischen Zweck dienen sollen, so werden sie allein dafür die Verantwortung zu tragen haben, trotz der Versicherungen des Herrn Dr. Hergt, daß die

Deutschnationalen daran unschuldig seien. Die Deutsche Volkspartei wird sich auch gegen Angriffe von rechts kräftig zur Wehr setzen und sie läßt sich auch über die Kampfabsichten der Deutschnationalen nicht dadurch hinwegtäuschen daß Herr Dr. Hergt zum Schluß seiner Rede den großen Versöhnungs- und Einigungsgedanken hochzuhalten gelobt. Wer diesem Gedanken dienen will, der gräbt nicht in diesem Augenblick die Streitaxt der Partei aus.

Die Stellung der Deutschen Volkspartei zum Untersuchungsausschuß.

Im Reichstag wurde beraten über den Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses laut Artikel 34 der Reichsverfassung. Im Namen der Deutschen Volkspartei gab Abg. Dr. Rießer folgende Erklärung ab:

Auch wir standen und stehen auf dem Standpunkt, daß es im Interesse aller am Kriege beteiligt gewesenen Völker, also auch unseres Volkes liegt, die objektive Wahrheit über die Frage festzustellen, wen die Schuld an dem Ausbruch und an der Verlängerung des Krieges trifft.

Aber wir nahmen und nehmen auch jetzt den Standpunkt ein, der wir auch bei der Begründung zum Gesetzentwurf über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes Ausdruck gegeben hatten, daß ein abschließendes Urteil über die Schuldfrage nur bei Oeffnung der Archive aller am Kriege beteiligt gewesener Völker und bei Vernehmung ihrer Staatsmänner und Heerführer möglich ist.

Wir waren und sind aber ferner der Ueberzeugung, daß auch dann die objektive Wahrheit nicht durch einen aus Parlamentariern, also aus Parteipolitikern, zusammengesetzten Ausschuß, sondern nur durch einen Ausschuß gefunden werden kann, der alle Bürgschaften der Unparteilichkeit bietet. Dessen Arbeit wird also deshalb schon mehr Beachtung finden, weil erst eine gewisse Entfernung von der Zeit der Ereignisse selbst ein ruhiges Urteil des Ausschusses und eine sachliche und gerechte Würdigung seiner Ergebnisse seitens der Oeffentlichkeit ermöglicht.

Wir hatten deshalb in der Sitzung der Nationalversammlung vom 29. Juni 1919 den Antrag gestellt:

> Die Reichsregierung zur beschleunigten Vorlage eines Gesetzentwurfes aufzufordern, durch den ein aus einigen, keinem Parlament angehörigen, namhaften Historikern und publizistisch geschulten Juristen zusammengesetzter Ausschuß zur Aufklärung der die Entstehung, Führung und Beendigung des Krieges betreffenden Vorgänge mit dem Auftrage berufen wird, das gesamte amtliche Urkundenmaterial nach objektiv wissenschaftlicher Methode zu ordnen, alle sachdienlichen Erhebungen durch eidliche Zeugenvernehmung und Akteneinsicht zu pflegen, sowie freiwillig angebotene Erklärungen protokollarisch entgegenzunehmen, endlich seine Feststellungen unter Autorität der Reichsregierung alsbald der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Von diesen Ansichten abzugehen, gibt uns auch die Tatsache keine Veranlassung, daß einzelne der entgegen unserem Antrage eingesetzten Unterausschüsse wertvolles, Deutschland entlastendes Material zutage gefördert haben und vielleicht noch zutage fördern werden, da infolge der Nichtöffnung der Archive unserer Gegner gerade diese gegen den Wert dieses Materials Einwendungen erheben werden.

Im übrigen hat aber auch die Zusammensetzung des in erster Linie in die Erscheinung getretenen Unterausschusses und die Art, wie einzelne Beisitzer des Ausschusses ihre parteipolitisch vorgefaßte Ansicht in ihren Fragen an Zeugen zum Ausdruck brachten, klar erwiesen, daß ein Ausschuß, der aus Parteipolitikern zusammengesetzt ist, zumal auf deren richtige und taktvolle Auswahl der Reichstag selbst keinen Einfluß hat, die grundlegenden Voraussetzungen nicht erfüllt, die man an einen solchen Ausschuß stellen muß und zugleich diejenigen Rechtsbürgschaften nicht bietet, auf die alle vor einem solchen Ausschuß geladenen Zeugen und Sachverständigen einen Anspruch haben.

Aus diesen Gründen lehnen wir die Fortsetzung der Arbeit der in bisheriger Weise zusammengesetzten Ausschüsse ab.

Die Reichstagsabgeordneten der Deutschen Volkspartei nach ihrer Berufsstellung.

Wir geben im folgenden eine Zusammenstellung der sämtlichen Abgeordneten der Deutschen Volkspartei im neugewählten Reichstag, und zwar in Gruppierung nach ihrer Berufsstellung:

10 Vertreter der Landwirtschaft: Hofbesitzer Dusche-Isernhagen, Landwirt Gebhart-Lauterecken, Pfalz, Landwirt Harte-Belpe, Kreis Tecklenburg, Landwirt Dannemann-Tungeln b. Wardenburg i. Oldenburg, Landwirt Hepp-Seelbach, Hessen-Nassau, Landwirt und Pfarrer Oertel-Neuenkirch, Hunsrück, Landwirt Westermann-Lütgendortmund, Landwirt Böbrich-Buchenhof b. Roemhild, Sachsen-Meiningen, Landwirt Zetschke-Seitwann, Niederlausitz, Landwirt Keubler-Böhm-Molmerswende b. Halle.

13 Vertreter von Industrie und Handel: Generaldirektor Dr. Vögler-Dortmund, Dr.-Ing. Sorge-Berlin NW. 7, Sommerstr. 5, Hugo Stinnes-Mülheim-Ruhr, Verbandsdirektor v. Raumer-Berlin, Königin Augustastr. 47, Syndikus Dr. Stresemann-Berlin W. 50, Tauentzienstraße 12a, Handelskammersyndikus Geheimrat Dr. Quaatz-Essen, Bismarckstraße, Bergwerksdirektor Albrecht Lühnde, Hannover, Syndikus Dr. Richter-Weimar, Oberbürgermeister a. D. Dr. Most-Duisburg, Generalsekretär Dr. Hugo-Berlin-Schöneberg, Innsbruckerstr. 40, Kaufmann Dr. Kulenkampff-Magdeburg, Geh. Rat Professor Dr. Rießer, Berlin, Lichtenstein-Allee 4.

4 Vertreter von Handwerk und Gewerbe: Senator Beythien-Hannover, Geschäftsinhaber Findeisen-Plauen i. Vogtland, Malermeister Havemann-Hildesheim, Klempnerobermeister Tuch-Leipzig.

5 Vertreter der Angestellten- und Arbeiterschaft: Verbandsvorsteher Thiel-Berlin-Westend, Rüsternallee 8, Bergmann Winnefeld-Günningfeld, Kreis Gelsenkirchen, Gewerkschaftssekretär Adams-Essen-Ruhr, Gewerkschaftsvorsitzender Geisler-Berlin-Siemensstadt, Siemensstr. 35, Gewerkschaftsvorsitzender Strelter-Berlin N. 58, Schönhauser Allee 130.

5 Beamte, Lehrer und Pfarrer: Schulrat Beuermann-Hameln, Pfarrer Dr. Luther-Charlottenburg, Leibnizstr. 9, Geh. Rat Dr. Runkel-Schleswig, Lokomotivführer Seibert-Frankfurt a. M., Oberpostsekretär Morath-Berlin-Karlshorst, Güntherstr. 14.

8 Juristen und höhere Verwaltungsbeamte: Staatsminister a. D. Dr. Heinze-Weißer Hirsch b. Dresden, Finanzminister a. D. Dr. Becker-Darmstadt, Oberverwaltungsgerichtsrat Leutheußer-Jena, Rechtsanwalt Dr. Cremer-Berlin W., Bülowstr.11, Rechtsanwalt Dr. Gildemeister-Bremen, Rechtsanwalt Kempkes-Essen, Rechtsanwalt Dr. Zapf-Zweibrücken, Landrat z.D. v. Kardorff-Berlin, Stülerstr. 14.

1 Gemeindebeamter: Bürgermeister Dr. Maretzky-Berlin-Wilhelmsdorf, Uhlandstr. 165.

5 Vertreter der freien Berufe: Stadtverordneter Dr. Curtius-Heidelberg, Bergstr.46, Schriftsteller Dr. Mittelmann-Stettin, Friedrich Karlstraße 27, Schriftsteller Dr. Piper-Hamburg, Schrötterinkweg 12, D. Otto Everling-Nikolassee, Lückhoffstr. 24, Chefredakteur Rippler-Berlin, Zimmerstr., „Tägliche Rundschau".

3 Hochschullehrer: Universitätsprofessor Geh. Rat D. Dr. Kahl-Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 23, Universitätsprof. Graf Dohna-Heidelberg, Universitätsprofessor Dr. Moldenhauer-Köln, Salierring 50.

3 Diplomaten: Gesandter z. D. v. Kemnitz-Frankfurt a. O., Legationsrat Freiherr v. Lersner-Berlin, Brückenallee 8, Legationsrat Freiherr von Rheinbaben-Berlin, Brückenallee 35.

2 Vertreter des Heeres und der Marine: Konteradmiral a. D. Brüninghaus-Berlin-Schöneberg, Innsbruckerstr. 35, Generalleutnant z. D. v. Schoch-München, Klarstraße 10.

3 Frauen: Frau Klara Mende-Berlin-Tempelhof, Dorfstraße 36, Frau Direktorin Dr. Elsa Matz-Stettin, Frau Katinka von Oheimb-Goslar, Oberer Trift weg 30.

Protestversammlungen der mittleren Postbeamten.

Die mittlere Postbeamtenschaft befindet sich in gewaltiger Erregung, deren Grad man an der Tatsache erkennen möge, daß es nur mit Mühe gelang, einen Antrag zur Ablehnung zu bringen, der in Verbindung mit den im ganzen Reichspostgebiet stattfindenden Protestversammlungen einen eintägigen Poststreik forderte. Und jene Forderung auf dem letzten Berliner Bezirkstage kam nicht etwa aus politisch linksstehenden Kreisen; im Gegenteil, der Antragsteller ist deutschnational organisiert.

Wer die Zusammenhänge nicht kennt, wird von solcher Bewegung wenig entzückt und kaum geneigt sein, den Beamten Verständnis entgegenzubringen. Sind die Postgebühren noch nicht hoch genug, wollen die Beamten, unbekümmert um den Fehlbetrag von einer Milliarde bei der Postverwaltung, immer neue Forderungen erheben? Die „Frankfurter Zeitung", welche den Beamtenforderungen mit dem Hinweis darauf entgegentritt, daß die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler schon längst bis zur Grenze des Erträglichen in Anspruch genommen ist, darf zahlreicher Zustimmungen gewiß sein. Demgegenüber ist zu bemerken, daß für die Fehlbeträge bei der Postverwaltung nicht allein die Ausgaben für die Besoldung des Personals verantwortlich gemacht werden können. Man denke an die Ausgaben der Verwaltung für sachliche Zwecke, die das Zehn- bis Zwanzigfache der früheren Beträge verlangen, und vergegenwärtige sich, daß die Gebühren um das etwa Vier- bis Fünffache erhöht worden sind. (Berechtigt bleibt — nebenbei gesagt — der Widerspruch gegen die Staffelung der Gebühren; hier ist zweifellos vieles höchst verbesserungsbedürftig.) Bei den Personalausgaben kann der Verwaltung keine Verschwendung zum Vorwurf gemacht werden; der einzelne Beamte erhält etwa viermal so viel, wie er vor dem Kriege bekam und muß sehen, wie er einen Ausgleich zu den sehr viel höheren Kosten des Unterhalts findet. Die letzte Besoldungsreform hat nicht ein weiteres Herabgleiten in der Lebenshaltung verhindern können. Die untersten 7 Besoldungsklassen können auch im Höchstgehalt kaum den Satz erreichen, der nach den sorgfältigen Ermittelungen des Direktors vom Statistischen Amt der Stadt Schöneberg das Existenzminimum darstellt; d. h., daß alle unteren, sowie der weitaus größte Teil der mittleren und höheren Beamten ein Hungerleiderdasein führt.

Daß die neuen Einkommenssätze so weit hinter dem Notwendigsten zurückbleiben, ist zum guten Teil auf den Einspruch der Einzelstaaten zurückzuführen, die sich außerstande erklärten, für ihre Beamten die Folgerungen zu ziehen, wenn etwa das Reich höhere Sätze bewilligen sollte.

So hart die Enttäuschungen durch das neue Reichsbesoldungsgesetz für viele Beamtenklassen waren — sie fanden sich damit ab; sie brachten damit Opfer, die in der Oeffentlichkeit kaum bekannt und erst recht nicht anerkannt worden sind.

Da kam der Uebergang der einzelstaatlichen Post- und Eisenbahnverwaltungen auf das Reich. Und nun zeigte sich, daß die Einzelstaaten ihre Landeskinder schnell noch vor der Abgabe an das Reich um ein bis zwei und hier und da noch mehr

Klassen befördert hatten. Im Reich mußten mit wenigen Ausnahmen, um ein Beispiel zu nennen, Sekretäre und Obersekretäre bleiben, was sie waren. Von den Einzelstaaten kamen aber Beamte zum Reich, die sich in wenig Wochen und ohne Prüfung aus Assistenten in Obersekretäre verwandelt hatten, kamen Inspektoren, die noch im März Sekretäre waren. Man wird nicht verlangen können, daß die bisherigen Reichsbeamten sich mit dieser Sachlage widerspruchslos abfinden. Es sollte aber noch schlimmer kommen. Die aus dem bayerischen und württembergischen Landesdienst übernommenen Postbeamten sahen sehr bald, daß es ihnen trotz dieser Beförderungen im Reichsdienst weniger gut geht als ihren im Landesdienst verbliebenen Kollegen anderer Verwaltungen. Sie wollen deshalb von ihrem durch Staatsvertrag geschützten Recht des Ausscheidens aus dem Reichsdienst Gebrauch machen. Nach amtlichen Mitteilungen ist nicht daran zu zweifeln, daß es ihnen mit dieser Drohung Ernst ist. Ihnen soll deshalb nach einer halbamtlichen, am 25. Juni veröffentlichten Auslassung sofort Genugtuung werden, die alten Reichsbeamten sollen bis zur endgültigen Einreihung in die Besoldungsklassen im Herbst warten. Welch himmlische Geduld setzte man bei den Beamten voraus, als man diese Entscheidung traf! Es ist zu hoffen, daß die neue Regierung eine andere Regelung treffen wird. Forderungen in dieser Richtung stellt eine Anfrage aus der Fraktion der Deutschen Volkspartei. Es darf nicht länger so bleiben, daß eine Regierung nur für diejenigen Beamten etwas übrig hat, welche ihren Forderungen nicht bloß eine Begründung, sondern auch Drohungen hinzufügen. Jeder Schritt weiter auf diesem falschen Wege ruiniert den Geist des Beamtentums, der einst Deutschlands Stolz war und ohne den kein Wiederaufbau denkbar ist.

Das Pompeji der Wüste.

Von Hofrat Dr. Wilhelm Ruland-München

Auf der Höhe von Bethanien erblickte ich zum ersten Mal die Wüste: die weiße Kalksteinwüste Juda. Seit den Tagen, da der Täufer in ihr gepredigt, hat sie ihr Antlitz nicht erneuert. Ihre unendliche Regungslosigkeit wirkt erschütternd, wenn sie uns auf dem Wege von Jerusalem zum Toten Meer begleitet. Anders der Anblick der gelben ägyptischen Sandwüste, wie ich sie später zu Füßen der Pyramiden vor mir ausgebreitet sah. Sie scheint nicht nur lebendig, ihre Sanddünen leben tatsächlich seit Jahrtausenden.

Einstmals war die Landschaft westlich des Niltales ein fruchtbares Gartenland. Dann haben die Anschwemmungen der Sahara sich immer weiter vorgeschoben, und der feine Wüstenstaub, dessen Sandkörner eine hemmungslose Schleif- und Polierkraft besitzen, hat zahlreiche Ansiedlungen vernichtet. Sie sind versandet und verschollen. Die Wellen des lybischen Ozeans arbeiten schnell.

Warum war die Wüste so erbarmungslos? Unter den Eingeborenen geht darüber eine Sage: Unter dem Wüstensand liegt ein kriegerisches Geschlecht begraben, das hat nur vom Morden gelebt, bis die Wüste eines Tages es selber hinmordete. Wenn dereinst ein Friedenszeitalter kommt, dann wird jenes Volk wieder zu neuem Leben erweckt werden... Man lese diese erschütternde Dichtung in Jakob Boßharts „Träume der Wüste“ (Huber, Frauenfeld-Leipzig), das Schönste, was jemals über die Wüste geschrieben wurde.

Deutschem Forscherfleiß blieb es vorbehalten, das Pompeji der ägyptischen Wüste in unseren Tagen aufzudecken. Es ist die Menasstadt, das größte Heiligtum des Urchristentums auf afrikanischer Erde. Menas war der Nationalheilige der urchristlichen Aegypter. Alexandrien schätzte sich einst glücklich, die Metropole des heiligen Menas genannt zu werden. Unaufhörlich pilgerten Karawanen zu der Menasstadt, zu ihren Marmortempeln mit den anschließenden Kapellen, Gnadenquellen, den ausgedehnten Klöstern und Pilgerhospizen. Juden und Heiden erschienen dort, um Menas zum Richter zu erbitten. So blieb es, bis die Stürme des Islams über Nordafrika fegten. Sie haben Lybiens Stolz vernichtet. Die Steintrümmer, die sie zurückließen, deckte die Wüste mitleidig mit ihrem Mantel zu.

Der Frankfurter Geistliche Carl Maria Kaufmann und sein jugendlicher Vetter, der rheinhessische Lehrer Ewald Falls, sind vom Forscherglück begünstigt worden, als sie nach gründlichen Vorstudien unter Mithilfe einer kleinen Beduinentruppe 1905 sich an die planmäßige Entdeckung dieses Wüstenpompeji wagten. Die Expedition ward seither als ein märchenhaftes Ereignis in der Geschichte moderner Forschung gerühmt. Die Schilderungen, die Falls über die geleistete Arbeit und ihre reichen Früchte veröffentlicht hat, lesen sich spannend wie ein Roman. Die Schrift ist betitelt: „Drei Jahre in der lybischen Wüste“ (verlegt bei Herder in Freiburg) und enthält auf dreieinhalbhundert Seiten, die rund zweihundert Abbildungen bereichern, eine Fülle neuer wissenschaftlicher Tatsachen, die das viel zu wenig bekannte Werk zu einem hervorragenden Zeugnis deutscher Wissenschaft stempeln.

Das unbestrittene Verdienst der beiden deutschen Forscher ist indes nicht allein die Auffindung einer altchristlichen Stadt im Randgebiet der lybischen Wüste, nach der bislang fremdländische Reisende, namentlich Engländer und Franzosen, vergeblich gesucht hatten; — niemand hatte von ihnen die Bedeutung jener Trümmerreste erkannt — es sind auch nicht die wertvollen volkskundlichen Ergebnisse ihres dreijährigen Zusammenlebens mit den schwer zugänglichen Beduinen Nordafrikas, die sie uns vermitteln. Weit wichtiger erscheinen die deutschen Urteile über die mögliche Zurückgewinnung des Fruchtlandes, die begründete Aussicht, das westliche Aegypten der Wüste zu entreißen und wieder in ein blühendes Ackerland zu verwandeln!

Gerade die tiefgründigen Schlußbetrachtungen, die dem Vorschieben neuer Kanäle aus dem Deltagebiet in die Wüstenzone gewidmet sind, lassen verstehen, warum sowohl der ehemalige Khedive, wie auch die englisch-ägyptische Verwaltungsbehörde der Kaufmannschen Expedition die größte ideelle Förderung zuteil werden ließen — finanzielle Beihilfe kam von der Heimatstadt Frankfurt und aus dem übrigen Deutschland. Im Lande der Rosen, der berühmten Oase Fayum, wo der dreihundert Kilometer lange Josephskanal in die Wüste eindringt, wachsen wie vor Jahrtausenden Mandarinen und Oliven, Pfirsiche und Feigen, Reis und Zucker. Dieselben Früchte, die einst in dem versandeten Pompeji Nordafrikas gediehen. Noch beherrscht der räuberische Beduine die Wüste. Aber eines Tages werden wohl auch die Heiligtümer des Patrons der Wüste aus ihren Ruinen erstehen und mit ihnen ringsum ein Land, das von Milch und Honig fließt und berufen ist, für den Fortschritt der Kultur zu zeugen. Schon rühren sich in dem angedeuteten Sinne die italienischen Nachbarn in der nördlicher gelegenen Cyrenaika. Von Alexandrien bis Triest benötigt ein Dampfer drei bis vier Tage. Von Triest bis München sind zwölf Bahnstunden. Wie verlockend sind die Aussichten einer ägyptischen Kornkammer dem hungernden Mitteleuropa!

1001 moderne Märchen.

Von Karl Lütge-Leipzig.

Es war einmal ein Paar. Das hatte sich so sehr lieb, daß es sich heiraten wollte. Beide hatten aber keinen Pfennig Geld. Da kam ein guter Freund und lieh ihnen, was sie brauchten. Sie gingen hin und kauften sich eine schöne Möbelausstattung. Weil sie so arm waren, erhielten sie die zum Friedenspreise. — Sie sind sehr glücklich miteinander geworden.

Es war einmal ein Lebensmittelgroßhändler. Der verdiente sehr viel Geld. Als er aber die Not der armen Leute sah, sagte er sich, daß er ein hartherziger, böser Mann wäre. Denn er lebte arg in Saus und Braus. Da setzte er sämtliche Preise herab und verkaufte das Fett für 2,50 M das Pfund, die Margarine für 2 M, den Kaffee für 3 M und noch andere Dinge zu niederen Preisen für die armen Leute. — Er ist sehr froh geworden dabei.

Es war einmal eine Kriegsgesellschaft. Die bestand trotz des längst vorübergegangenen Krieges weiter. Aber die Mitglieder dieser Gesellschaft saßen nicht in schweren Klubsesseln. Sie rauchten auch keine dicken Zigarren. Sie arbeiteten von früh 8 Uhr bis nachmittags um 6 Uhr. Sie hatten die neunstündige Arbeitszeit eingeführt und leisteten in dieser Zeit Erstaunliches zum Wohle des Volkes. — Wenn sie nicht inzwischen eingegangen ist, besteht sie heute noch.

Es war einmal ein Hauswirt. Das war ein hartherziger Mann. Mit finsterem Gesicht ging er immer in seinem Hause um. Er nörgelte immer mit den Hausbewohnern, ließ nichts ausbessern und steigerte beständig die Miete. Als der große Krieg kam, änderte sich sein Wesen. Er steigerte die Miete nicht mehr. Und als die Revolution kam, nörgelte er auch nicht mehr. In der Zeit der höchsten Not dann ließ er das Haus von unten bis oben ausbessern, um den Mietern Bequemlichkeit zu bieten und Arbeit für die notleidenden Handwerker zu schaffen.

Es war einmal ein Mann, der lebte schlicht und recht dahin. Er kaufte nie Schleichhandelsware. Er nährte sich nur von seiner Markenration. Davon wurde er im Laufe der Jahre dermaßen dick, daß er eine Entfettungskur durchmachen mußte. Bei strengster Diät gelang es ihm schließlich, wieder auf normale Körperbeschaffenheit zu kommen. Um nicht neuerlich die übertriebene Dicke zu erreichen, verteilte er seine ihm zustehenden Marken unter die armen Leute. Er war ein guter Mann. Aber er starb, als das Markenwesen aufgehoben wurde, an gebrochenem Herzen.

Es war einmal eine Frau. Die besaß einen sehr guten Mann. Sie vertrug sich darum recht gut mit ihm. Nie zankten sie sich. Nie stritten sie. Nur, wenn es sich um Anschaffungen handelte, gab es einigen Streit. Der Mann mußte seine Frau förmlich beschwören, einen neuen Hut zu kaufen. Sie selbst kaufte sonst nie einen. Sie aß auch nie Schokolade und sprach nie mit anderen Frauen im Hause. Sie kam mit sehr wenig Wirtschaftsgeld aus und brachte immer das Beste auf den Tisch. Es ging ihnen ewig gut.

Es war einmal ein Minister. Der war armer Leute Kind. Er hatte in der Schule schlecht aufgepaßt. Aber das Leben lehrt ihn Mores. Er mußte lernen im Leben. So kam er denn vorwärts. Bis er eines Tages Minister wurde. Als er es wurde, war er längst sehr klug. Aber er zeigte es nie. Er tat beständig sehr bescheiden und ließ sich belehren. Er nahm für seine verantwortungsvolle schwere Tätigkeit auch nicht mehr Lohn, als der niederste Tagelöhner bezog. Man hat ihm dafür ein Denkmal gesetzt, um die Menschen an ein Muster wahrer Bescheidenheit zu erinnern.

Es war einmal ein Land. In diesem war Wahl. Dabei ging es sehr vornehm und ruhig zu. An den Plakatsäulen war nur hin und wieder ein Plakat. Das war stets ganz unpolitisch. Es wies nur auf den Wahltag und Wahlort hin und nannte die Namen aller Kandidaten der einzelnen Parteien. Jede Partei veröffentlichte solch ein Plakat. Die Wahl war sehr schön. Alle Parteien waren befriedigt vom Ergebnis.

Es war einmal eine Filmgesellschaft. Die hatte keine weiblichen Stars. Alle weiblichen Hauptrollen spielten Statistinnen. Sie sparte dadurch viel Geld. Das verwendete sie für arme Dichter. Die

schreiben dafür wunderschöne Filmdramen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte. Dadurch wurde die Filmgesellschaft sehr bekannt. Schließlich spielte die ganze Welt nur gute Filme der einen Filmgesellschaft. Selbst das ehemals feindliche Ausland und Polen.

Es war einmal ein Dichter. Der litt oft Not. Wie alle Geistesarbeiter in schlechter Zeit am meisten Not leiden. Der schrieb, um der Not zu steuern, Märchen. Moderne Märchen nannte er die, 1001 an der Zahl. Eins schöner als das andere. Die Zeitungen nahmen alle 1001 auf einmal ab und wollten sie ihm fürstlich honorieren. Nur neun von den 1001 wurden aber gedruckt. Die Setzer erklärten, daß die Leute von den neun Märchen genug hätten. Das war aber nicht der Fall. Die Leute wollten alle 1001 moderne Märchen lesen und verlangten den Druck. Der Dichter wurde so alle 1001 moderne Märchen los und kam zu seinem Gelde. Gedruckt sollen infolge des Papiermangels aber doch nur die ersten neun sein; die anderen folgen...

Deutschland.

Kein Fuß so schwer, daß es nicht blüht,
wenn er vorbeigegangen,
kein Herd, der nicht aus Asche glüht,
wann sich ein Sturm verfangen. —

Kein Stein so tot, daß er nicht schreit
vertausendfachte Kraft,
kein Herz so arm an Seligkeit,
daß es nicht Herzen schafft.

Kein Körnlein Staub begraben lag,
das man gestorben heißt:
es keimt sich seinen neuen Tag,
es sendet seinen Geist.

Friedrich Kayßler.

Der Wiederaufbau des Unteren Schlosses in Siegen

Im November 1915 brannte der Mittelbau des Unteren Schlosses ab, in dem das Amtsgericht untergebracht ist. Das Dachgeschoß wurde vollständig zerstört, während im ersten Stockwerk und im Erdgeschoß die nach dem Wittgensteinschen Flügel zu gelegenen Räume vom Brande nur wenig berührt wurden. Man versah damals das Gebäude mit einem Notdach und richtete im Erdgeschoß einen Sitzungssaal ein. Alle weiteren Arbeiten wurden mit Rücksicht auf den Krieg und die dadurch bedingten Verhältnisse auf dem Bau- und Arbeitsmarkt zurückgestellt. Schon bald nach dem Brande wurde der bereits vor dem Kriege erörterte Plan zu einem völligen Neubau des Siegener Amtsgerichtes in der Oeffentlichkeit besprochen. Auch der Justizbehörde war es allmählich klar geworden, daß die Räume, sowohl für die Beamten wie für den Verkehr mit dem Publikum, im Hinblick auf die stetig wachsenden Geschäfte am Siegener Amtsgericht unhaltbar geworden waren. Seitdem sind 5 Jahre vergangen, die Verhältnisse auf dem Baumarkt sind immer schwieriger und der Zustand des notdürftig geflickten Baues immer trostloser geworden. Was 1915 noch mit verhältnismäßig geringen Kosten möglich gewesen wäre, ein Aus- und Erweiterungsbau des Amtsgerichtes, wird jetzt ungemessene Kosten verursachen. Beide Teile des Gebäudes sind vom Schwamm ergriffen, so daß nur die nackten Umfassungsmauern stehen bleiben können. In den letzten Wochen hat die Baupolizeibehörde ihr Urteil dahin abgegeben, daß das Gebäude tunlichst schnell zu räumen sei. Man soll sich, wie wir hören, im Justizministerium dazu entschlossen haben, in aller Kürze mit dem Wiederaufbau zu beginnen. Die Stadtverwaltung ist beauftragt, für Unterkunftsräume während der Bauzeit zu sorgen.

Bei dieser Sachlage erhebt sich die Frage, ob es nicht richtiger für Siegen ist, ein völlig neues Amtsgerichtsgebäude zu errichten. Die Stadt Siegen hat unseres Ermessens das allergrößte Interesse daran, daß man sich zu dieser Lösung der Frage entschließt. Zunächst nach der ideellen Seite hin. Bleibt das Gericht im Unteren Schloß, so können ihm die nötigen Räume nur geschaffen werden durch den Aufbau eines 2. Stockwerkes. Das würde aber eine empfindliche Schädigung nicht nur des Schlosses, sondern des ganzen Stadtbildes bedeuten. Das harmonische Verhältnis, in dem bisher der Mittelbau zu den beiden Flügeln stand, wird gestört. Das Dachgeschoß soll in diesem Falle auch völlig ausgenutzt werden. Das erfordert so große und so viele Fenster, daß dadurch eine starke Unruhe in das Ganze hineingetragen wird. Der Aufbau würde aber besonders das Verhältnis zur Martinikirche stören, man vergegenwärtige sich das Scheinersche Gemälde vom Unteren Schloß mit der Siegbrücke und man wird einsehen, daß der Mittelbau nicht höher geführt werden darf. Auch das Stadtbild, vom Fischbacherberg und vom Wellersberg gesehen, würde durch den Aufbau eine Störung erfahren. Es ist das ein ideelles Moment, das schon in Erinnerung an den Erbauer des Schlosses berücksichtigt werde sollte, und gerade trotz der Schwere der Zeit in unseren materialistischen Tagen nicht außer acht gelassen werden darf. Zur Verschönerung der Stadt wird ein solcher Aufbau auf das Gericht unter keinen Umständen beitragen, er wird etwas Halbes, mit dem auf die Dauer auch den Raumbedürfnissen des Gerichts nicht gedient ist, umso mehr, als nach wie vor Bestrebungen im Gange sind, das Siegener Amtsgericht zu einem Landgericht auszubauen.

Wir möchten daher folgende Lösung vorschlagen: Die Stadt möge der Justizverwaltung entgegenkommen, indem sie zunächst geeignete Unterkunftsräume zur Verfügung stellt, selbst wenn es nötig sein sollte, vorübergehend eine Schule freizumachen. Für den Neubau des Gerichts, der dann vielleicht noch ein oder zwei Jahre, bis günstigere Verhältnisse auf dem Baumarkt eingetreten sind, hinausgeschoben werden kann, biete sie dann dem Staat ein Baugelände an. Wie wir hören, ist unsere Nachbargemeinde Weidenau entschlossen, ihrerseits in dieser Weise vorzugehen, um das Amtsgericht nach dort zu ziehen. Wir würden es von der Stadt Siegen gar nicht für unklug halten, wenn sie Weidenau in dieser Hinsicht insofern entgegenkäme, als sie ein an der Grenze von Siegen und Weidenau gelegenes Gelände dafür ins Auge faßte, und dadurch vielleicht der Eingemeindung von Weidenau die Wege bahnte. Bei einem völligen Neubau des Amtsgerichtes würde auch das Gelände neben der Post mit dem Gefängnis frei. Die Stadt würde für diese Gebäude und für den Mittelbau des Schlosses die beste Verwendung haben. Schon wird es der städtischen Verwaltung im Rathause zu eng. Für kulturelle Zwecke, öffentliche Bibliothek, Vortragsräume und Ausstellungsräume fehlt es in Siegen ganz an Räumlichkeiten. Die Bergschule wünscht schon seit Jahren eine Erneuerung ihrer Räume, und würde gewiß diese Lösung der Frage besonders gerne sehen. Es fehlt an Räumen für ihre Sammlungen, die so der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden könnten. Das Gebäude am Kohlbett käme als Verwaltungsgebäude für das Krankenhaus in Frage, während das baufällige Gefängnis niedergelegt werden könnte und der dadurch gewonnene Raum zur Grünanlage zu benutzen wäre, die ebenfalls dem Krankenhaus zugute käme. So wären bei dieser Lösung der Frage mannigfache günstige Aussichten für die Stadt geboten.

Aber auch die Justizverwaltung würde mit dieser Lösung der Frage zufriedener sein. Amtsgericht und Gefängnis könnten an einer Stelle untergebracht werden, der Ausbau zum Landgericht könnte von vornherein berücksichtigt werden. Wir stehen vor einer Neuregelung unserer inneren Verwaltung, auch der Bezirkseinteilung. Für Siegen ergeben sich dabei, wenn man es versteht, seine Interessen rechtzeitig geltend zu machen, neue Aussichten. Die Justizverwaltung wird davon nicht unberührt bleiben. Schon bei der Einrichtung der jetzigen Bezirkseinteilung vor 100 Jahren war Siegen als Sitz eines Oberlandesgerichtes ausersehen. Der Oberpräsident Vincke hat sich damals die größte Mühe gegeben, das Hammer Oberlandesgericht nach Siegen zu bringen, und hätte es in Siegen damals nicht an Beamtenwohnungen gefehlt, wäre Siegen Sitz dieser Behörde geworden. Die Dinge sind heute alle im Fluß. Da gilt es berechtigte örtliche Wünsche in die Wagschale zu werfen. Wenn alle beteiligten Kreise verständig miteinander arbeiten, wenn der Fiskus die Stadt, und die Stadt den Fiskus nicht zu übervorteilen suchen, könnte die Lösung der Frage in dem hier angeregten Sinne wohl gefunden werden. Es könnte damit der Anfang gemacht werden, die gesamten Gebäulichkeiten des Unteren Schlosses in den Besitz der Stadt überzuführen und so dem höchst unerquicklichen Zustande, daß mehrere staatliche Verwaltungen, die sich über ihre Ansprüche gegenseitig häufig in die Haare geraten, den Besitz teilen, ein Ende bereitet werden. An unserer Stadtverwaltung liegt es jetzt, zu zeigen, daß sie gewillt ist, großzügig zu arbeiten. Bürgermeisteramt, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung liegen sämtlich in den Händen neuer Männer. Sie haben jetzt Gelegenheit, die Interessen der Stadt in einer Weise wahrzunehmen, die für ferne Zeiten hinaus Gutes und Großes schaffen kann. Darum lasse man sich nicht durch die ungünstigen Verhältnisse der Gegenwart abschrecken. Auch ein finanzielles Opfer ist hier am Platze. Ideelle und wirtschaftliche Belänge stehen auf dem Spiel. Es ist aber die allgemeine Ansicht, daß dem Siegerlande aus dem unglücklichen Ausgang des Krieges eine große wirtschaftliche Zukunft beschieden ist. Darum benutze man die Gelegenheit, etwas Ganzes zu schaffen, und schöpfe dazu Mut aus der Baugeschichte des Schlosses. Als Fürst Johann Moritz mit den ersten Plänen zum Bau des Unteren Schlosses hervortrat, zählte man wenige Jahre nach dem unglücklichen Ausgang des dreißigjährigen Krieges, und als das Gebäude zu seiner jetzigen Gestalt ausgebaut wurde, war Siegen kurz zuvor von dem größten Unglück seiner Geschichte, dem großen Brande des Jahres 1695 betroffen worden. Gleichwohl schreckte das damalige Fürstenhaus und die Bürgerschaft nicht davor zurück, das Schloß auszubauen und die dem Brande zum Opfer gefallenen Stadtteile in schönerer Weise wieder aufzubauen, eingedenk des Wortes, das einst Fürst Johann Moritz einem Clever Bürger, der ihn seiner Baupläne wegen verspottete, an seine Gartenthür schreiben ließ:

„Bauen, graben, pflanzen laßt euch nicht verdrießen
So sollt ihr und die nach euch kommen es genießen."

K.

Aus Welt und Zeit.

Das Gebot der Stunde.

Nach den Vorbereitungen, die namentlich die unabhängigen Sozialdemokraten im Reichstag treffen, ist mit dem Versuch zu rechnen, die Verhandlungen des Reichstags auf längere Zeit hinauszuziehen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei steht auf dem Standpunkt, daß sich die gegenwärtige Lage mit einer solchen Verlängerung der parlamentarischen Debatte unter keinen Umständen verträgt. Die bevorstehenden Verhandlungen in Spa machen es zu einer zwingenden Notwendigkeit, alles zu vermeiden, was die nationale Geschlossenheit im Innern stören und überflüssigen Parteistreit hervorrufen könnte. Es ist nichts weniger als eine Staatsnotwendigkeit, unter diesen Umständen den Faden der parlamentarischen Debatte nicht fortzuspinnen, sondern eine parlamentarische Kampfespause eintreten zu lassen. Deshalb dürfen in der augenblicklichen Tagung

des Reichstags nur solche Gegenstände zur Beratung gestellt und erledigt werden, die zur Fortführung der Reichsgeschäfte unmittelbar und dringend notwendig sind. Es muß also der Notetat verabschiedet werden, damit in dem Reichshaushalt keine Unterbrechung eintritt. Was aber nicht mit dringenden Staatsnotwendigkeiten zusammenhängt, muß unbedingt auf einen günstigeren Zeitpunkt verschoben werden. Dazu rechnen wir auch Interpellationen und nicht dringende Anträge. Wir hoffen, daß die Reichstagsmehrheit die Einsicht besitzt, diesem Gebot der Stunde Rechnung zu tragen. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat jedenfalls ihre Vertreter im Seniorenkonvent damit beauftragt, diesen Standpunkt mit aller Entschiedenheit zur Geltung zu bringen.

*

Schamlos.

Ein Leutnant zur See a. D. schickte am Skagerrak-Gedenktage aus Lübeck seinem ehemaligen Flottenchef einen brieflichen Gruß, zum Zeichen des Dankes und der Anerkennung. Er adressierte den Brief: „An den Kaiserlichen Admiral a. D., Ritter des Ordens Pour le mérite, Herrn Ritter von Höppner, Exzellenz, Groß-Flottbeck." Da die Anschrift nicht mehr stimmt, öffnete die Post den Brief, um den Absender zu ermitteln. Dieser erhielt dann den Brief in folgender Verfassung zurück: Das Wort „Kaiserlich" ist ausgestrichen und mit einem Fragezeichen versehen. Auf der Rückseite aber steht über dem amtlichen Vermerk: „Absender hat einen Vogel." — Abgesehen davon, daß Herr v. Höppner tatsächlich Kaiserlicher Admiral a. D. ist — muß man nicht einen Ekel bekommen vor solcher Schamlosigkeit, die vor nichts und niemandem mehr Achtung hat?

*

Deutsche Würde.

Der Löwe von Biberach, dem man in völliger Verkennung seiner wahrhaft vornehmen Gesinnung unterstellt hatte, er werde, um das Zentrum nicht in Verlegenheit zu setzen, sein Mandat zum Reichstag niederlegen, nachdem er seinen schwäbischen Wählern noch einmal Gelegenheit gegeben hatte, die Unerleuchtbarkeit ihrer Köpfe zu erweisen. Der Löwe von Biberach, Herr Matthias Erzberger, wird also demnächst wieder eine „Nummer" in unserem parlamentarischen Leben sein. Und was für eine! Wenn er als Sieger über Herrn Trimborn und andere am Königsplatz seinen Einzug gehalten hat, findet er vielleicht Zeit, sich zu einer kleinen Geschichte zu äußern, die die „Daily News" vom 8. Mai aus einem Buch des amerikanischen Journalisten Markosson, „Adventures in Interviewing", wiedergibt. Da heißt es unter der Spitzmarke: „Ein deutscher Schnitzer":

„Mit gewohnter teutonischer Unverschämtheit trug Herr Erzberger in Gegenwart des Feldmarschalls Foch das Kreuz der Ehrenlegion, das Frankreich ihm an einem früheren und glücklicheren Tage verliehen hatte. Die Deutschen erhoben die Hände zum Gruß, aber Foch erwiderte ihn nicht. Statt dessen heftete er seinen durchdringenden Blick auf die Auszeichnung an Erzbergers Brust. Der deutsche Geist ist von Natur nicht behende, nur langsam dringen die Dinge hinein. Erzberger starrte einfältig vor sich hin. Endlich sah er seinen Schnitzer ein, entfernte den Orden und legte ihn auf den Tisch. Dann erst erwiderte Foch den Gruß."

Es wäre immerhin interessant, zu erfahren, ob Herr Erzberger tatsächlich in der geschilderten Art deutsches Empfinden für Würde zur Schau getragen hat. Wenn er es in Abrede stellen sollte, eines wird er nicht leugnen können, daß die Geschichte in jedem Fall ein sehr intimes Feingefühl in seiner Psyche verrät.

*

Die einzige Bedingung.

In der „Freiheit" war letzthin folgende Anzeige zu lesen:

„Für Kleinstadt Elbingerode im Harz, zirka 3000 Einwohner, wird ein Bürgermeister gesucht. Bewerbungen sind zu richten unter Beifügung des Lebenslaufs an Wilhelm Matthies in Elbingerode im Harz, Bahnhofstraße 318. Bedingung ist: fünf Jahre politisch organisiert. Ernstgemeinte Offerten sind bis zum 6. Juni an obengenannte Adresse einzusenden."

Unabhängig von sachlicher Eignung, frei von persönlicher Tüchtigkeit genügt die Tatsache, ganze fünf Jahre politisch organisiert zu sein, um im freisten Lande der Welt den Befähigungsnachweis für einen Bürgermeisterposten in der Tasche zu haben! Im alten „Obrigkeitsstaat" soll es angeblich unmöglich gewesen sein, daß ein Sozialdemokrat nur Nachtwächter wurde; im freien Deutschland genügt die Zugehörigkeit zur unabhängigen Partei, um Bürgermeister zu werden. Die unabhängige Bürgermeister wird vermutlich dafür Sorge tragen, daß der Nachtwächter seines Ortes zum mindesten unabhängig ist. Die Mehrheitssozialisten haben dann Gelegenheit, festzustellen, daß selbst im heutigen Deutschland noch nicht einmal ein Sozialdemokrat Nachtwächter werden kann! Von den Angehörigen bürgerlicher Parteien ganz zu schweigen; sie stehen halt noch weit unter dem Nachtwächter bezw. Bürgermeister im unabhängigen Deutschland.

*

Die Stinnes-Legende.

Wir haben neulich bereits authentisch festgestellt, daß an den Behauptungen, der Abg. Hugo Stinnes habe 64 oder mehr Zeitungen angekauft, kein wahres Wort ist. Trotzdem wird diese Unwahrheit aus parteipolitischem Agitationsbedürfnis fortgesetzt weiter kolportiert. Nach dem Verlag Mosse sieht sich nun auch die „Vossische Zeitung" genötigt, dagegen Verwahrung einzulegen, daß ihrem Verlag Verkaufsabsichten infolge eines Angebotes zugeschrieben werden, das angeblich Herr Hugo Stinnes gemacht haben soll. Man sieht, welche groteske Form allmählich die Stinnes-Legende annimmt. Trotzdem es für einen vernünftigen Menschen kaum noch nötig sein sollte, dieser Unwahrheit entgegenzutreten, möchten wir doch noch einmal mit aller Bestimmtheit feststellen, daß außer der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" Herr Hugo Stinnes keine einzige deutsche Zeitung käuflich übernommen hat.

*

Lenin über Sowjetrußland.

Am 17. Mai hielt Lenin auf dem dritten Flußschiffahrtskongreß eine längere Rede, in der er den Arbeitern den Uebergang von dem Rätesystem in den Fabriken zur Wiederherstellung der Macht der individuellen Leiter, die jetzt in Rußland mit einer unbeschränkten Gewalt ausgestattet sind, plausibel machte. Bemerkenswert aber ist, wie Lenin selbst die Lage Sowjetrußlands schildert. „Wir können nicht warten — sagte er —, das Land ist zerstört, das Elend, die Kälte, der Hunger und die allgemeine Desorganisation haben einen solchen Grad erreicht, daß es nicht so weiter gehen kann. Keine Selbstaufopferung kann uns retten, wenn wir nicht die physische Existenz der Arbeiter sicherstellen, wenn wir ihnen nicht Brot geben, wenn wir nicht Salzvorräte beschaffen werden, die wir den Bauern an Stelle der bunten Papierfetzen geben können. Wenn die Verwaltung nicht in den Händen von Fachleuten liegt, wenn Heizmaterial nicht rechtzeitig eintrifft, wenn Lokomotiven, Dampfer und Barken nicht repariert werden, so ist die ganze Existenz Sowjetrußlands aufs Spiel gesetzt. Die Bevölkerung wird noch einen Winter, wie der letzte war, nicht mehr ertragen können. Kein Heroismus der Arbeiter kann sie instand setzen, die Qualen der Kälte, des Typhus, des Hungers usw. auszuhalten."

*

Aus dem neuen Deutschland.

Die Tägliche Rundschau schreibt: Der Kapitänleutnant a. D. M. in B. erhielt am 26. Mai folgendes Schreiben der U. S. P. D.:

Infolge der am 21. März d. J. seitens unserer dortigen Genossen an unseren Vorstand gerichteten Beschwerde über Ihr Verhalten unserer Partei gegenüber haben wir nach einwandfreier Information feststellen lassen, daß die uns gemachten Angaben voll und ganz begründet sind. Der Ausschuß hat nun dahingehend beschlossen, Sie zunächst hierdurch zu ersuchen, innerhalb 48 Stunden nach Erhalt dieses Schreibens, bezw. spätestens bis zum 27. abends, Ihren Wohnort bis zum 16. Juni auf 200 Kilometer Umkreis zu verlassen, andernfalls Sie sich der Todesgefahr aussetzen. Werden Sie am 28. noch in oder außerhalb Ihrer Behausung durch unseren Beauftragten gesehen, oder wird einwandfrei festgestellt, daß Sie sich in Ihrer Behausung versteckt halten, so übernehmen Sie dadurch die Verantwortung jeglicher Mitverletzung Ihrer nächsten Angehörigen. Hüten Sie sich vor Vorkehrungen, Sie sind andernfalls verloren.

Der Ausschuß: U. S. P. D.

*

Heiligt der Zweck das Mittel?

Für die Berliner Stadtwahl hat das Zentrum mit den dort ansässigen Polen ein Abkommen getroffen, wonach es sich deren Unterstützung gegen die Ueberlassung einiger Mandate in der Stadtverordnetenversammlung sichert. Es mag sein, daß es hofft, auf diese Weise die Polen zum Teil wenigstens von der Unterstützung sozialdemokratischer Kandidaten abzuhalten. Aber angesichts des schweren Kampfes, in dem Deutsche aller Glaubensbekenntnisse zurzeit in Ost- und Westpreußen wie in Oberschlesien gegen polnische Niederträchtigkeit, Falschheit und Tücke stehen, hat ein solches Bündnis doch für jeden, der noch neben dem Sinn für politische Taktik etwas Gefühl für politische Sauberkeit sich bewahrt hat, einen ziemlich bitteren Beigeschmack.

*

Neue Beschuldigungen gegen die Rechtssozialisten

Die letzte Sitzung des Roten Vollzugsrates führte zu neuen Beschuldigungen gegen die Mehrheitssozialisten. Ein kommunistischer Redner gab Aeußerungen seines Freundes Barth, des früheren Volksbeauftragten, wieder, wonach sich die Volksbeauftragten und nachher auch der Minister des Kabinetts, Scheidemann, ihre Gehaltsbezüge bis 1. Mai 1919 in Gold von der Reichskasse hätten auszahlen lassen.

*

Ein Abgeordneter als Schieber.

Die Nachprüfung der Geschäfte des Arbeitslosenausschusses in Braunschweig hat ergeben, daß innerhalb des braunschweigischen Landgerichtsgebäudes Schiebungsgeschäfte betrieben wurden. Die Akten wurden der Staatsanwaltschaft zur weiteren Ermittlung übergeben. In die Angelegenheit ist ein bisher demokratischer Abgeordneter verwickelt. Unter anderem wurde festgestellt, daß vom Arbeitslosenausschuß, mit dessen Geschäftsführung er betraut war, 50 000 Kilogramm Karbid, Jute, Papiergewebe und dergleichen vertrieben worden sind.

Die Träume.

Ist deine Jugend noch so bleich
Und ihre Tage graue Not,
Ihr Traum der Nacht ist zukunftsreich,
Ist Sieg und Glück und Rosenrot.

Traumengleln zu ihr niederschwebt,
Haucht ihr ins Ohr, küßt ihr die Stirn.
Das Alter hat sich müdegelebt,
Und, wenn es träumt, so träumt sein Hirn.

Du armes Hirn, du denkst schon kaum,
Horchst trüb in die Unendlichkeit
Und träumst dabei den dunklen Traum
Vom hellen Traum der Jugendzeit.

Hugo Saulus-Prag.

Aus der Partei.

Wie aus der Anzeige ersichtlich, wird am **17. Juli** in **Kreuztal** der **Vertretertag der Deutschen Volkspartei** stattfinden. Aus allen Teilen der Kreise Siegen und Wittgenstein müssen die Vertreter der Ortsgruppen der Deutschen Volkspartei an diesem wichtigen Tage erscheinen. Hier gilt es, für das kommende Jahr den Grundstein zum inneren Aufbau der Partei zu legen. Vertrauensleute! Helft der guten Sache der Partei durch Euer Interesse und erscheint alle.

*

Die Lehren aus dem Wahlkampfe.

Wir lesen in der „Korrespondenz der deutschnationalen Volkspartei":

Wie stets nach Wahlen tauchen hier und da Klagen auf, daß nicht alles geklappt habe; man habe keine Flugblätter erhalten, an einzelnen Wahllokalen habe man Stimmzettelverteiler vermißt und deshalb nicht die Liste wählen können, die man gewünscht habe. Dergleichen Lücken in der Organisation sind gewiß auch bei unserer Partei bemerkbar gewesen. Wer sich darüber beschwert, sollte sich aber auch klar machen, welche Unsumme von Arbeit die lückenlose Besetzung so vieler Tausende von Wahllokalen, der Wahlbüros, des Schlepperdienstes, der Flugblattverteilungen usw. macht und wie schwierig es mitunter ist, geeignete Kräfte für alle diese Zweige des Wahldienstes zu finden, zumal da man vielfach möglichst nur mit freiwilligen Helfern und Helferinnen arbeiten konnte. Die Beschwerden sind zum Teil zweifellos auch unbegründet. Wenn sich in einem Wahlort, wo die Stimmzettel Haus bei Haus, in jeder Wohnung verteilt worden sind, jemand darüber beklagt, daß er am Wahllokal keinen Stimmzettel habe erhalten können, so ist diese Beschwerde doch kaum gerechtfertigt. Selbstverständlich soll man sich bemühen, da, wo sich Mängel in der Organisation gezeigt haben, diesen durch sorgfältigen Ausbau gründlich abzuhelfen, damit bei späteren Wahlen, wie denen zur Preußischen Landesversammlung, dann alles möglichst tadellos klappt. Diejenigen aber, die sich jetzt über Lücken in der Organisation beschweren, werden sich gewiß auch die Frage vorlegen, ob sie selbst nicht ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen können, um so die gerügte Lücke auf die einfachste Weise auszufüllen.

*

Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei.

Am 1. Juli, abends, konstituierte sich die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei. Zum ersten Vorsitzenden wurde Abgeordneter Dr. Stresemann gewählt, zu stellvertretenden Vorsitzenden die Abgeordneten Dr. Becker, Dr. Hugo, Frau Mende und Dr. Rießer. Weiter gehören dem Vorstande an als Geschäftsführer Abg. Dr. Runkel und als dessen Stellvertreter die Abgeordneten Brüninghaus, dem zugleich das Amt des Schatzmeisters übertragen ist, und Dr. Curtius.

Die Times und die Deutsche Volkspartei.

Kurz vor der Wahl haben die „Times" einen etwaigen Wahlerfolg der Deutschen Volkspartei unter dem Gesichtspunkt der auswärtigen Politik von ihrem Standpunkte aus ungünstig beurteilt. Jetzt betont sie neuerdings in einem Artikel, daß die Deutsche Volkspartei, auch wenn sie die Führung der Regierung noch nicht erhalten sollte, mehr Geschick zur Leitung der Geschäfte und mehr aufbauende Ideen zu besitzen scheine, als alle übrigen Parteien zusammen. Wir würden auf diesen Artikel, der im übrigen auch manches an schiefer Beurteilung enthält, nicht eingehen, da wir der Meinung sind, daß die deutsche Auslandspolitik nicht vom Standpunkte ausländischer Organe und gerade der „Times" zu betrachten ist. Da aber gewisse demokratische und sozialdemokratische Organe behaupten, die Deutsche Volkspartei bereite der deutschen Auslandspolitik nur Schwierigkeiten, so möge von diesem Gesichtspunkte einmal auf das Urteil der „Times" hingewiesen sein.

*

Eine alte Verleumdung.

Von sozialdemokratischer Seite ist im Reichstag eine kleine Anfrage eingebracht worden, die unter Bezugnahme auf die Geschäftstätigkeit der Kriegsrohstoff-Gesellschaft den Abgeordneten Dr. Vögler durch die Behauptung verdächtigt, das Reich sei damals durch die Zahlung enormer Ueberpreise an die Eisen- und Stahlindustriellen schwer geschädigt worden. In der Anfrage wird weiter behauptet, diese Darlegung sei bisher von keiner Seite bestritten worden. Demgegenüber bemerken wir, daß es sich bei den von der sozialdemokratischen Anfrage wiedergegebenen Behauptungen um ganz gemeine Verdächtigungen und Verleumdungen handelt, die Abg. Vögler wiederholt als solche gekennzeichnet hat. Es ist bezeichnend, daß sich trotzdem sozialdemokratische Abgeordnete dazu bereit finden, die Verleumdungen unter dem Schutz der Immunität zu wiederholen.

*

Die gefährdete Brotversorgung.

Die Abgg. Winnefeld, Adams und Dr. Most von der Deutschen Volkspartei haben folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

In den letzten Tagen ist im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in der Brotversorgung ein fühlbarer Mangel eingetreten. Einige Kommunalverbände waren nicht in der Lage, die zuständige Brotmenge zu liefern. Die Bevölkerung lebt in Sorge für die Zukunft. Anderseits besteht die Gefahr, wenn die Arbeiterschaft mangelhaft ernährt wird, daß die Steinkohlenförderung ungünstig beeinflußt wird. Wir fragen die Reichsregierung, ob sie in der Lage und bereit ist, diejenigen Mehlmengen für den Westen sofort sicherzustellen, die erforderlich sind, um eine geregelte Ernährung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet herbeiführen zu können. Wir begnügen uns mit einer schriftlichen Antwort.

*

Noch immer in Gefangenschaft.

Die Abgeordneten Dr. Freiherr v. Lersner, Dr. Moldenhauer, Adams haben folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

In Avignon werden noch mehrere hundert kriegsgefangene Deutsche zurückgehalten. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Freigabe dieser und der übrigen noch in Frankreich zurückbehaltenen Kriegsgefangenen durchzuführen?

*

Ein Abänderungsantrag zum Versicherungsgesetz.

Die Abgeordneten Dr. Stresemann und Genossen haben folgenden Antrag beim Reichstag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Reichsregierung zu ersuchen,

einen Gesetzentwurf, betreffend Abänderung und Ergänzung des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911, vorzulegen, in dem

1. eine Aenderung derjenigen Bestimmungen des Gesetzes, die von den Beteiligten berechtigterweise als Härten, als unzweckmäßig oder unbillig empfunden oder inzwischen überholt worden sind,
2. eine Erhöhung der Versicherungsleistungen, namentlich auch für Witwen und Waisen,
3. der Ausbau der Reichsversicherungsanstalt im Sinne der Selbstverwaltung

vorgesehen wird.

*

Verzweifelte Lage der Klein- und Mittelrentner.

Die Abgeordneten Dr. Cremer, Beythien, Dr. Piper (Mecklenburg), Dr. Richter (Thüringen), Harte, Frau Keubler-Böhm, Tuch, Dauch, Havemann, Leutheußer, Zeschke, Brüninghaus, Dr. Quaatz, Freiherr v. Rheinbaben von der Deutschen Volkspartei haben unter Erwartung eines schriftlichen Bescheids folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

Die infolge von Alter oder Krankheit in den Ruhestand getretenen Angehörigen des selbständigen Mittelstandes — Klein- und Mittelrentner — sind für ihren Lebensunterhalt auf die Zinsen ihrer durch jahrzehntelange zähe Arbeit und Sparsamkeit mühsam erübrigten Ersparnisse angewiesen. Durch die Beseitigung der deutschen Goldwährung und die Entwertung der deutschen Valuta sind sie fast durchweg in die schwerste Bedrängnis geraten und verfügen nicht einmal über das Existenzminimum. Die neue Steuergesetzgebung legt ihnen desungeachtet weitere erhebliche Vermögens- und Einkommenskürzungen auf. Nachdem entsprechend der Notlage der heutigen Zeit aus öffentlichen Mitteln erhebliche Aufwendungen zur Aufbesserung der Bezüge der staatlichen Rentenempfänger erfolgt und auch den in den Ruhestand getretenen Beamten in Aussicht gestellt sind, hat sich der Veteranen der Arbeit aus den Kreisen des Handwerks- und Kleinhandels eine außerordentliche Enttäuschung und Verzweiflung bemächtigt, weil die bisherige gesetzgeberische Arbeit eine entsprechende Würdigung ihrer Lage vermissen läßt.

Sind der Reichsregierung diese Verhältnisse bekannt? In welcher Weise gedenkt sie, diesen Bedrängten mehr als bisher in Gesetzgebung und Verwaltung entgegenzukommen?

*

Zur Förderung des Kleinwohnungsbaues.

Die Abgeordneten Dr. Becker (Hessen), Dr. Curtius, Frau Mende, Adams, Dr. Runkel haben der Reichsregierung folgende Anfrage vorgelegt:

Die Errichtung von neuen Wohnungen wird nicht nur durch die hohen Arbeitslöhne, sondern vor allem auch durch die gewaltig gesteigerten Preise für alle Baustoffe sehr verteuert. Insbesondere die Holzpreise sind nach und nach fast unerschwinglich geworden. Die dadurch herbeigeführte Verteuerung fällt insbesondere beim Bau von Kleinwohnungen stark ins Gewicht. Bauholz, wie auch in einzelnen Fällen andere Baustoffe, werden vielfach aus Betrieben, die sich in der Hand öffentlich-rechtlicher Körperschaften, insbesondere des Staates und der Gemeinden befinden, geliefert. Wie der Kleinwohnungsbau durch steuerliche Maßnahmen und durch unmittelbare Zuschüsse von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert wird, so könnte er wesentlich verbilligt werden, wenn die öffentlich-rechtlichen Körperschaften die von ihnen gelieferten Baustoffe nicht zu den derzeitigen, vielfach wucherischen Marktpreisen, sondern zu den Selbstkosten an die Bauenden abgeben würden.

Wir fragen an: Ist die Reichsregierung bereit, in dieser Richtung auf die öffentlichen Körperschaften einzuwirken und dadurch den Kleinwohnungsbau zu fördern und zu verbilligen?

*

Die Kündigung der Fernsprechanschlüsse.

Die Abgeordneten Brüninghaus, Havemann, Leutheußer, Dr. Richter (Thüringen), Dr. Runkel, Tuch, Findeisen, Beuermann, Morath, von Schoch haben folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

Die Neuregelung der Fernsprechgebühren und die damit verbundene außerordentliche Erhöhung der Gebührensätze, insbesondere die den Fernsprechteilnehmern auferlegte Hingabe eines Darlehns von tausend Mark an das Reich, haben in weiten Kreisen, vor allem des Mittelstandes, starken Widerspruch erfahren und bereits zu vielen Protesten Anlaß gegeben. Eine Folge der neuen Gebührenordnung ist, daß die Fernsprechanschlüsse bereits zu Tausenden gekündigt sind und viele Teilnehmer beabsichtigen, die auf ihren Gebäuden und Grundstücken befindlichen Gestänge zu kündigen, deren Ab- und gegebenenfalls Wiederaufbau dem Reiche große Summen kosten würde.

Was gedenkt die Reichsregierung angesichts der bereits entstandenen und sicher auch noch zu erwartenden Schwierigkeiten zu tun?

Wir begnügen uns mit einer baldigen schriftlichen Antwort.

Unsere Freunde wollen dem „Beobachter" ihre Anzeigen zuweisen, nicht nur die Geschäfts-, sondern auch die Familien-Anzeigen. Die Leser des „Beobachter" müssen wissen, daß das sie verbindende geistige Band einen materiellen Einschlag wohl vertragen kann.

Bei Hurxsteiner, Siegen, Bahnhofstraße, treffen sich jeden Mittwoch von 6—8 Uhr die Parteifreunde an einem Parteistammtisch; Auswärtige willkommen.

Verantwortlich herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei (Herm. Klinglpor. 1. Vorsitzender), Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 54, sämtlich in Siegen.

Vertretertag
der Deutschen Volkspartei
in Kreuztal

am Samstag, 17. Juli, nachm. 2½ Uhr im Saale Beinhauer.

Tagesordnung:

1. Bericht über die politische Lage.
2. Wahl des Kreisvorstandes.

Nach § 4 der Satzungen des Wahlvereins der Deutschen Volkspartei für den Kreis Siegen findet alljährlich eine Hauptversammlung des Kreisvereins statt, zu der die Ortsvereine auf je 30 Mitglieder einen Vertreter entsenden. Ortsvereine, die weniger als 30 Mitglieder haben, wählen einen Vertreter. Mitglieder, die keinem Ortsverein angehören, haben das Recht, auf 30 Mitglieder einen Vertreter zu entsenden. Zur Teilnahme an dieser Versammlung sind alle eingeschriebenen Mitglieder gegen Ausweis ihrer Mitgliedskarte am Saaleingang berechtigt. Stimmberechtigt sind jedoch nur die entsandten Vertreter.

Mitglieder! Ortsgruppen! Entsendet Eure Vertreter zu diesem wichtigen Tage!

Feldmann-Werke

Fernsprecher 42 u. 62. Telegr.-Adr. Feldmannwerke

Soest

Konzernfirmen Berlin, Dortmund, Hamm, Siegen, Amsterdam (Holland)

Reparatur-Werkstätte

für Automobile, Bereifungen, Magnete und Vergaser

Gummi- und Ersatzteil-Lager.

Feldmann-Werke Siegen

Fernruf 193. Oststraße 1/3.

Wennemar Gatermann,

Koblenzer Str. 8 Siegen i. W. Koblenzer Str. 8.

In erstklassiger Friedensqualität liefere ich

sämtliche Lacke, Farben, Oele und Leinölkitt

für Handel, Industrie und Gewerbe.

Sämtliche Reparaturen an

Kraftfahrzeugen all. Systeme

auch stationären Motoren und Bereifungen werden übernommen unter schnellster Ausführung und billigster Berechnung. Auch werden auswärtige Arbeiten an stationären Motoren und Maschinen aller Art, auch Personenfahrten übernommen. 1258

An- und Verkauf von Kraftfahrzeugen und Bereifung.

Automobil- und Motorenwerk — Vulkanisier-Anstalt

Fritz Krüger, Siegen

Wiesenstraße 11. :: Fernsprecher 1308.

Zöpfe

in allen Farben und Preislagen.

Wilhelm Roscher jun.

Marburger Tor 9 :: Telephon 437.